

Regierungsrat

Rathaus, Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

Eidg. Steuerverwaltung
Hauptabteilung Mehrwertsteuer
Schwarztorstrasse 50
3003 Bern

3. Juli 2007

Vernehmlassung zur Vereinfachung des Bundesgesetzes über die Mehrwertsteuer

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns am 20. Februar 2007 eingeladen, zu den Vorschlägen zur Vereinfachung des Bundesgesetzes über die Mehrwertsteuer Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen dafür und können dazu folgendes ausführen:

Wir stehen einer Vereinfachung der Ausgestaltung der Mehrwertsteuer sehr positiv gegenüber. Die gegenwärtig gültige Gesetzgebung zur Mehrwertsteuer ist äusserst kompliziert, Handlungsbedarf zur Vereinfachung der Steuer ist dringend gegeben. Seitens der Unternehmen, insbesondere der KMU, wird bei der Mehrwertsteuer eine administrative Entlastung nachdrücklich verlangt. Wir begrüssen daher grundsätzlich die Ziele der Mehrwertsteuerreform.

An ihrer Plenarsitzung vom 31. Mai 2007 hat die Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren eine umfassende, sehr ausführliche Vernehmlassungsantwort verabschiedet.

Wir unterstützen diese Stellungnahme und stimmen insbesondere **dem vorgeschlagenen zweistufigen Vorgehen mit einer raschen Umsetzung des Moduls "Steuergesetz"** zu. Erst nach der Umsetzung dieses Moduls ist in einer zweiten Phase die Realisierung der Module „Einheitssatz“ oder „2 Sätze“ zu prüfen.

Auch teilen wir für den weiteren Schritt die **Präferenz für das Modul "Einheitssatz"** gegenüber dem Modul "2 Sätze". Dabei ist allerdings in jedem Fall von einem **Einbezug des Gesundheitswesens abzuweichen**. Dies würde die Gesundheitsversorgung weiter verteuern und hätte zudem nachteilige Auswirkungen auf die Krankenkassenprämien, die Spitalkosten und ebenfalls auf die Sozialausgaben.

Sehr einverstanden sind wir mit der grundsätzlichen Forderung der Finanzdirektoren, **dass alle öffentlichen Aufgaben nicht mehrwertsteuerpflichtig sein sollen und die subventionierten Bereiche den vollen Vorsteuerabzug geltend machen können.**

Wir haben ansonsten der sehr detaillierten Stellungnahme der Finanzdirektorenkonferenz nichts mehr beizufügen und verzichten deshalb an dieser Stelle auf weitergehende Ausführungen.

Wir danken für die Gelegenheit der Stellungnahme.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Peter Gomm
Landammann

sig.
Yolanda Studer
Staatsschreiber-Stellvertreterin